

Pressemitteilung

Bauernverband Schleswig-Holstein sieht Fortschritte, aber...

Bürokratieabbau muss weitergehen

Rendsburg, den 24. Januar 2025 – Der Bauernverband Schleswig-Holstein fordert in einer am Freitag vom Landesvorstand verabschiedeten Resolution die Politik auf, den Bürokratieabbau weiter ernst zu nehmen und konkrete Maßnahmen zur Entlastung der Landwirtinnen und Landwirte umzusetzen. Der Verband beklagt ein immer dichteres Netz von zahlreichen Vorschriften und bürokratischen Pflichten, die die Landwirte nicht mehr zu ihrer eigentlichen Arbeit kommen lassen.

„Das zwingt uns Bäuerinnen und Bauern immer öfter ins Büro, obwohl wir eigentlich auf dem Feld und bei unseren Tieren im Stall sein sollten“, so Klaus-Peter Lucht, Präsident des Bauernverbandes Schleswig-Holstein

Ausdrücklich werden in der Entschließung die Entlastungen anerkannt, die Ministerpräsident Daniel Günther Ende August auf dem Bauerntag in Rendsburg verkündet hatte und die zuvor vor allem im Landwirtschaftsministerium vorbereitet wurden. Einiges wie die Fristerweiterung bei der Knickpflege sei noch zu vollziehen. Im Übrigen dürfe man bei den zugesagten Punkten nicht stehen bleiben.

Der Verband fordert von der Landesregierung und der künftigen Bundesregierung, dass Bürokratieabbau und Digitalisierung als vorrangige Ziele verankert werden. Weiter wird vorgeschlagen eine Entbürokratisierungskommission und Kernarbeitsgruppen in allen Ressorts einzurichten. Mindestens vierteljährlich sollte sich die Landesregierung mindestens auf Staatssekretärebene mit dem Stand der Vorschläge aus diesen Gremien befassen.

Es darf nicht bei Ankündigungen bleiben. Deregulierung entlaste die Wirtschaft, schaffe Freiräume für erfolgreiches Wirtschaften und leiste einen entscheidenden Beitrag zur Sanierung der öffentlichen Haushalte

Die vollständige Resolution finden Sie im Anhang.

Seit seiner Gründung am 12. Februar 1947 ist der Bauernverband die Interessenvertretung von Landwirtschaft und ländlichem Raum in Schleswig - Holstein. Aufgabe des Verbandes ist es, landwirtschaftliche Anliegen auf allen Ebenen einzubringen und durchzusetzen. Nicht nur in der Agrarpolitik, sondern auch in der Wirtschafts-, Rechts-, Sozial- und Umweltpolitik vertritt der Verband die Interessen seiner Mitglieder.

Weitere Informationen: Maike Schwerdtfeger, m.schwerdtfeger@bvsh.net oder 0172 408 49 65

Mit Deregulierung Ernst machen – mehr Freiheit für eine starke Zukunft! Resolution des Bauernverbandes Schleswig-Holstein

In den letzten Jahren und Jahrzehnten ist ein immer dichteres Netz von Vorschriften und bürokratischen Melde-, Dokumentations-, Genehmigungs- und Antragspflichten entstanden. Das zwingt uns Bäuerinnen und Bauern immer öfter ins Büro, obwohl wir eigentlich auf dem Feld und bei unseren Tieren im Stall sein sollten. Der enorme zeitliche, finanzielle und nervliche Aufwand zur Erfüllung all dieser Pflichten nimmt uns die Freude an der Arbeit und verhindert zunehmend unseren wirtschaftlichen Erfolg. Die guten Absichten all dieser Regelungen verkehren sich in ihr Gegenteil. Frei nach Goethe: Aus Sinn wird Unsinn, aus Wohltat Plage.

Neben hohen Energiepreisen und dem Arbeitskräftemangel leidet die Landwirtschaft und die gesamte Wirtschaft in Deutschland unter der Überbürokratisierung bei gleichzeitiger Unterdigitalisierung. Mit dieser Kritik stehen wir nicht allein. Praktisch alle anderen Wirtschaftszweige stehen vor dem gleichen Problem und beklagen die gleiche Situation. Auch die Politik auf Landes- und Bundesebene spricht das Bürokratieproblem an und verspricht Besserung.

Wir erkennen an, dass sich die schleswig-holsteinische Landesregierung nach den Bauernprotesten verstärkt des Themas angenommen hat. Mit den „8+1“-Punkten zur Entbürokratisierung, die Ministerpräsident Daniel Günther 2024 den Landwirtinnen und Landwirten im Rahmen des Bauerntages zugesagt hat, ist ein wichtiger Schritt getan. Wir sind dankbar für die ersten ins Werk gesetzten Maßnahmen und die damit erreichten Erleichterungen. Die Umsetzung bei den noch ausstehenden Zusagen muss zeitnah und effektiv erfolgen. Dies gilt insbesondere für die Erweiterung der Frist für die Knickpflege und den möglichst zügigen Aufbau des Datenportals. Darüber hinaus brauchen wir vor allem die vorgeschlagenen Verbesserungen im Bau- und Immissionsschutzrecht und die Erleichterungen bei den Melde- und Dokumentationspflichten im Bereich des Veterinärwesens.

Dabei darf es aber nicht bleiben. Der Bauernverband Schleswig-Holstein fordert von der Landesregierung, dass nach den beachtlichen Schritten des Landwirtschafts- und des Innenministeriums die anderen Ressorts nachziehen und dass der Landtag notwendige Gesetzesänderungen beschließt. Das muss die Aufhebung von Vorschriften mitumfassen. Soweit Bundeszuständigkeit besteht, kann und soll das Land von seinem Initiativrecht im Bundesrat Gebrauch machen. Wir brauchen eine Aufbruchstimmung für Entbürokratisierung, die entschlossenes Handeln auslösen soll.

Auch die künftige Bundesregierung muss dem Thema Deregulierung Vorrang einräumen. Es darf nicht bei Ankündigungen bleiben. Deregulierung entlastet die Wirtschaft, schafft Freiräume für erfolgreiches Wirtschaften, spart Personal und Geld in der Verwaltung und leistet damit einen entscheidenden Beitrag zur Sanierung und Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und so einen Mehrwert für alle Bürgerinnen und Bürger.

Kernpunkte der Deregulierungsinitiative müssen sein:

- 1. Bürokratieabbau als Leitlinie:** Bürokratieabbau als vorrangiges Ziel in der Landespolitik verankern.
- 2. Digitalisierung vorantreiben:** Flächendeckender Ausbau digitaler Verwaltungsprozesse mit nutzerfreundlichen Plattformen.
- 3. Evaluierung bestehender Vorschriften:** Anfängliche und regelmäßige Überprüfung auf Sinnhaftigkeit und Abbaumöglichkeiten.
- 4. Genehmigungsverfahren beschleunigen:** Fristen verkürzen und das Instrument der Genehmigungsfiktion noch häufiger vorsehen und nutzen.
- 5. Entscheidungsfreude stärken:** Verantwortliche Politik und Behördenleiter müssen die Mitarbeiter ertüchtigen und ermutigen, Entscheidungen aus eigener Sachkompetenz zu treffen. Die ausufernde Einholung von Gutachten, die viel Geld und wertvolle Zeit kostet, muss dringend gestoppt werden.
- 6. Vereinfachung von Anträgen:** Vereinfachung, Vereinheitlichung und bessere Digitalisierung der komplexen Antragsverfahren für Genehmigungen und in Förderprogrammen.
- 7. Schlankere und verständlichere Verfahren:** Einführung klarer, einheitlicher Regelungen ohne unnötige Doppelstrukturen.
- 8. Praxisorientierte Regelungen:** Stärkere Ausrichtung von Gesetzen und Vorschriften an den tatsächlichen Bedürfnissen der Betroffenen durch mehr Rückkopplung mit der Wirtschaft.
- 9. Schulung der Verwaltung:** Förderung der Kompetenz und des Verständnisses für wirtschaftliche und landwirtschaftliche Prozesse in der Verwaltung.
- 10. Eine Anlaufstelle:** Einrichtung zentraler Ansprechpartner für rechtliche und verwaltungstechnische Anliegen.
- 11. Entbürokratisierungskommission:** Einbindung von Praktikern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Landwirtschaft in ein unabhängiges Beratungsgremium
- 12. Kernarbeitsgruppen in allen Ressorts:** Das Instrument einer kleinen Kernarbeitsgruppe aus Verwaltung und Wirtschaft, die Vorschläge bewertet, Änderungen vorschlägt und in den jeweiligen Prozess einbringt, hat sich im Landwirtschaftsministerium bewährt. Dies sollte in allen Ressorts nachgeahmt werden.
- 13. Politische Verantwortung auf Landesebene:** Mindestens vierteljährlich sollte sich die Landesregierung mindestens auf Staatssekretärebene mit dem Stand der Vorschläge aus der Entbürokratisierungskommission und den Kernarbeitsgruppen befassen.

Die Zukunft der Wirtschaft in Schleswig-Holstein hängt davon ab, dass Verwaltung und Politik „Hand in Hand“ daran arbeiten, unnötige Hürden abzubauen.

Stellen wir gemeinsam die Weichen für ein modernes Schleswig-Holstein! Machen wir endlich Ernst mit der überfälligen Deregulierung!

Rendsburg, den 24. Januar 2025